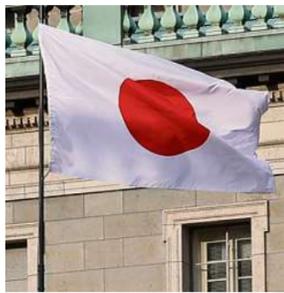


Autos prallen aufeinander

LAHR. Ein 20-Jähriger VW-Fahrer soll am Dienstagmittag gegen 14 Uhr mit einem vorausfahrenden VW-Transporter auf der Dr. Georg-Schaeffler-Straße kollidiert sein. Dieser hatte laut Mitteilung der Polizei verkehrsbedingt abbremsen müssen. Durch den Zusammenstoß haben sich die beiden Fahrzeuge so verkeilt, dass die Lahrer Feuerwehr den Golf durch Anheben mittels eines Spreitzer vom Transporter trennen musste. Der Schaden beläuft sich laut Mitteilung auf etwa 4000 Euro. *red/pl*

Auf dem Rad durch Asien

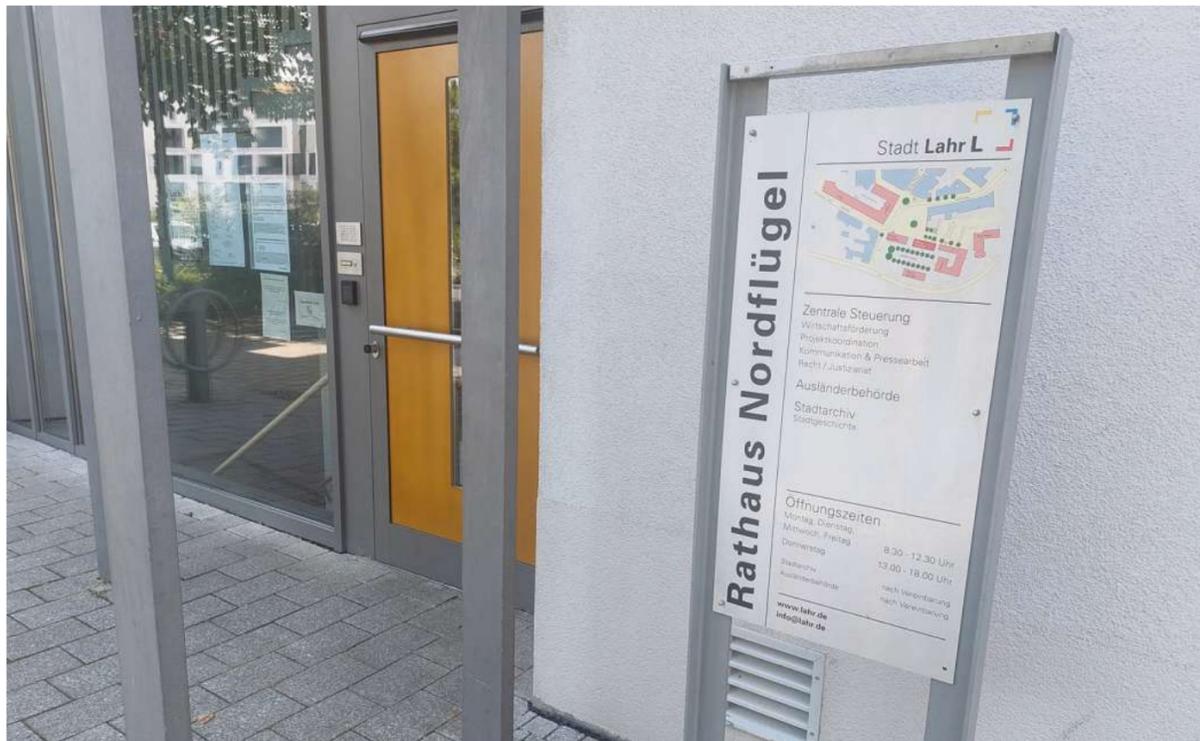
LAHR. Nach einer Pause reist Dorothee Fleck wieder und erkundet Japan, Taiwan und Südkorea. Der erste Teil ihres Bildvortrages wurde bereits im Bürgerzentrum Treffpunkt Stadtmühle gezeigt. Im zweiten Teil am Dienstag, 29. Juli, ab 15 Uhr berichtet sie über kulturelle Unterschiede und die Herausforderungen, mit denen die Länder konfrontiert sind: Japan mit Erdbeben, Tsunamis und Taifunen, Südkorea mit der Bedrohung durch Nordkorea und Taiwan im Spannungsfeld zu China. Nach den 102 Ländern, die Fleck mit dem Rad bereist hat, waren diese Länder etwas ganz Besonderes, heißt es in der Einladung. *red/pl*



Unter anderen besuchte Fleck Japan. *Foto: Zuma Press Wire/dpa*

Musiktheater am „Clara“

LAHR. Am Clara-Schumann-Gymnasium wird Literatur lebendig: Rund 160 Mitwirkende – darunter Schüler und ein achtköpfiges Lehrerteam – verwandeln Theodor Storms „Die Regenrude“ in ein modernes Musiktheater. „Klang des Regens“ feiert am Freitag, 25. Juli, Premiere, eine zweite Aufführung folgt am Samstag, 26. Juli, jeweils um 19 Uhr. Anderthalb Jahre dauerte die Arbeit an dem Projekt, heißt es in der Ankündigung. Texte, Musik, Choreografien, Bühnenbild und Technik stammen größtenteils von den Schülern selbst. Das Stück greift mit Klimawandel, Naturverbundenheit und mythischen Figuren wie dem Feuermann aktuelle Themen auf. Musikalisch reicht die Bandbreite von Sinfonik über Filmmusik bis zu Pop und Musical. Eine begleitende Podcast-Reihe dokumentiert den Entstehungsprozess. Sie erscheint jeden Montag auf der Schulhomepage csg-lahr.de. Tickets gibt es beim Kulturbüro im Alten Rathaus, Telefon 07821/950210, E-Mail kultour@lahr.de oder online unter kultur.lahr.de. *red/ak*



Klienten und Mitarbeiter der städtischen Ausländerbehörde sind frustriert.

Foto: Lienhard

Sorgenkind Ausländerbehörde

Es brodelt hinter den Kulissen: Zwar schafft die Stadt Lahr eine neue Stelle im Amt, die Probleme gehen aber tiefer, mahnt der Interkulturelle Beirat. Die Verwaltung will sich die Vorschläge zu Herzen nehmen.

■ Von Jonas Köhler und Pascal Lienhard

LAHR. Um die Mitarbeiter in der Ausländerbehörde zu entlasten, schafft die Stadt eine neue Stelle. Diese Entscheidung, die am Montag nichtöffentlich im Gemeinderat abgesegnet wurde, hatte die Verwaltung im Juni angekündigt und war damit einem Antrag der SPD-Fraktion zuvorgekommen. Deren Vorsitzender Roland Hirsch zog den Antrag dennoch nicht zurück, nutzte am Montag im öffentlichen Teil der Sitzung die Gelegenheit, über das Thema zu sprechen.

Das hatte auch der Interkulturelle Beirat vor. Dessen Sprecherinnen wollten von einem Anhörungsrecht Gebrauch machen und hatten ein Papier vorbereitet, das belegen soll, was ihrer Meinung nach in der Ausländerbehörde schiefläuft. Darüber hinaus werden im Schreiben, das der LZ vorliegt, auch mehrere Verbesserungsvorschläge genannt. Indes, zu einer Anhörung kam es nicht – zum Unmut des Beirats.

Warum wurde der Beirat nicht angehört?

Offenbar aus bürokratischen Gründen. Grundsätzlich stünde dem Beirat laut Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes ein Anhörungsrecht im Gemeinderat zu. Nach Angaben aus dem Rathaus fehlt es dafür noch an „grundlegenden verwaltungsinternen Regelungen sowie einer Abstimmung mit dem Gemeinderat.“ Auch die neue Geschäftsordnung des Beirats, die diese Thematik aufgreifen wird, sei noch nicht verabschiedet.

Was kritisiert der Beirat?

Im Mittelpunkt des Schreibens der Sprecherinnen stehen die Abläufe, die offenbar nicht effizient sind. Das habe gravierende Folgen: Es häuften sich die Fälle, in denen trotz frühzeitiger Antragsstellung eine Arbeitslaubnis nicht rechtzeitig verlängert werde. Dies führe dazu, dass Betroffenen der Job gekündigt wird oder sie

eine Arbeitsstelle nicht wie geplant antreten können. Ein Beispiel sei eine Frau, die mit 16 Jahren nach Deutschland kam und deren Aufenthaltserlaubnis im Juli ablaufe. Sie brauche einen gültigen Aufenthaltstitel, sonst drohe der Verlust des Arbeitsplatzes und des Aufenthaltsstatus. Die Unterlagen zur Verlängerung habe sie rechtzeitig abgegeben, bislang ohne Rückmeldung. Drei E-Mails seien unbeantwortet geblieben, 66 Mal habe sie erfolglos versucht, anzurufen. Auch der LZ ist ein Fall eines Mannes bekannt, der Schwierigkeiten hat, die Behörde zu erreichen, aber dringend Unterstützung braucht. Weder telefonisch noch per Mail komme er durch. Der Beirat betont, dass die Betroffenen nicht nur Flüchtlinge sind, sondern überwiegend Arbeitsmigranten. Die Mitarbeiter sehen sich laut Beirat einem „Belagerungszustand“ ausgesetzt, denn die Betroffenen würden ohne Termin vorbeikommen, an die Bürofenster klopfen, um sich Gehör zu verschaffen. Laut dem Schreiben sind die Kunden und die überforderten Mitarbeiter überaus frustriert.

Welche Verbesserungsvorschläge gibt es?

Im Papier der Beiratssprecherinnen ist davon die Rede, dass man die Schaffung der zusätzlichen Stelle begrüße, es jedoch „strukturelle Reformen“ brauche. Die LZ hat mit früheren Mitarbeitern des Amtes gesprochen. Sie wollen anonym bleiben, der Redaktion sind ihre Namen bekannt. Eine Person erklärt, dass sie sie nicht glaube, dass sich die Probleme mit einer zusätzlichen Stelle beheben lassen – sie aber dennoch mit Verweis auf die Ideen des Beirats an eine Veränderung glaube. Eine erste Idee des Beirats ist ein Empfangsschalter mit offenen Kontaktzeiten, an dem einfache Anliegen direkt und ohne Termin geklärt werden können. Das reduziere die nicht handzuhabende E-Mail-Flut und die Zahl der Anrufe. Zudem sollte die Terminver-

einbarung künftig digital möglich sein. Ein Online-System würde das Personal entlasten, Arbeitsaufwand werde auf Kundenseite verlagert, ohne die Servicequalität zu beeinträchtigen. Kapazitäten sollten freigemacht werden, um den Rückstau zu bearbeiten.

Wie sagen die Stadträte?

Dem Gremium war bei der Diskussion das Schreiben bekannt. „Wir sind den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schuldig, weiter an der Verbesserung der Arbeitsabläufe zu arbeiten“, erklärte Hirsch. Die Forderungen



„Auch im Interesse der Mitarbeiter sind Verbesserungen nötig.“

Dorothee Granderath
Stadträtin Grüne

der Beirat-Sprecherinnen müssten von der Verwaltung geprüft und bewertet werden. Die SPD behalte sich vor, „zur Not noch eine oder zwei Stellen zu beantragen, sollte die für die Bewältigung der Aufgaben notwendig sein“. Dem stellten sich andere Fraktionen entgegen. „Weitere Stellen wird es nicht geben“, so Eberhard Roth (KFW). Die jetzige Aufstockung sei eine „Ausnahmesituation“. „Jede Stellenmehrung muss kritisch betrachtet werden“, sagte Sven Haller (AfD) mit Blick auf die Finanzen. Stattdessen sollte man intensiv prüfen, Arbeitsprozesse effektiver zu gestalten. „Stichwort: Digitalisierung.“ Ilona Rompel (CDU) zeigte Verständnis für beide Seiten. „Wir haben versucht, intern etwas auf den Weg zu bringen. Man tut, was man kann, wir haben aber einen finanziellen Rahmen, an dem wir uns orientieren müssen.“ Doro-

thee Granderath (Grüne) sprach von einem „konstruktiven Papier“ und „sehr guten Vorschlägen“. Mit einem Empfangsschalter mit offenen Kontaktzeiten habe man im Bürgerbüro gute Erfahrungen gemacht. „Es ist gut, dass wir öffentlich darüber sprechen. Auch im Interesse der Mitarbeiter sind Verbesserungen nötig.“ Jörg Uffelmann (FDP) erinnerte an die 50 Millionen Euro Personalkosten, die die Stadt bereits aufweise.

Was sagt die Verwaltung?

OB Markus Ibert ging am Montag zunächst in die Defensive. „Es ist nicht so, dass wir nichts gemacht hätten. Hier wird ein Bild gezeichnet, das nicht der Realität entspricht.“ Am Mittwoch ging die Verwaltung auf LZ-Anfrage ins Detail: „Die Stadtverwaltung hat in den vergangenen Jahren immer wieder strukturelle und personelle Optimierungen unternommen, um auf die steigenden Anforderungen für die Ausländerbehörde zu reagieren. Beispiele sind unter anderem personelle Aufstockungen (von 2,5 auf aktuell 12,75 Vollzeitstellen seit 2011) sowie erste Schritte zur Verbesserung der räumlichen Situation.“ Man werde die Anregungen der Sprecherinnen prüfen und den Austausch mit dem Interkulturellen Beirat fortsetzen.

Auch einer der frühen Mitarbeiter betont, dass es den Dialog brauche – und man niemandem die Schuld geben solle. Es gehe darum, gemeinsam zu überlegen, wie man die Situation verbessern könne.

→ KOMMENTAR

Die Aufgaben

Die Ausländerstelle kümmert sich um ausländerrechtliche Angelegenheiten der Einwohner Lahrs und Kippenheims. Insbesondere werden Anträge auf Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen beziehungsweise die Erteilung von Niederlassungserlaubnissen bearbeitet.

Kommentar

Von Jonas Köhler



Vorschläge sind schlüssig

Die Verwaltung sollte die Sorgen ernst nehmen.

Dass in einer Behörde nicht immer alles glatt laufen kann, manchmal etwas liegen bleibt, ist nur menschlich. Das Ausmaß jedoch an strukturellen Schwachstellen im Lahrer Ausländeramt ist, so man den Äußerungen der Beiratssprecherinnen, Betroffener und Ex-Mitarbeiter Glauben schenken möchte, erschreckend. Nicht zu unrecht wird betont, dass eine Firma unter solchen Umständen längst schon Veränderungen hätte vornehmen müssen, um ihr eigenes Überleben zu sichern. In der Lahrer Ausländerbehörde ist zwar – personell – in den vergangenen Jahren einiges passiert, die Strukturen sind jedoch offenbar mit den Anforderungen nicht mitgewachsen. Die Forderungen der Beirat-Sprecherinnen nach besserer (digitaler) Erreichbarkeit sind schlüssig. Klar ist: Ein Veränderungsprozess benötigt Ressourcen – Zeit, Mitarbeiter und vermutlich auch Geld. Und zwischen Kreisstraße, Sport-Kita, Krankenhaus, Innolab und der Haushaltskonsolidierung noch das Thema Ausländerbehörde zwischenschleppen zu müssen, löst im Rathaus freilich keine Freudensprünge aus. Doch der Handlungsdruck ist groß, es geht um Lahrer, die hier wohnen und arbeiten und dies aufgrund ineffizienter Behördenstrukturen möglicherweise bald nicht mehr können. Das schadet am Ende nicht nur ihnen, sondern auch Lahrer Firmen, die sich nach neuen Mitarbeitern umschauchen müssen. Es müssen also schnell strukturelle Veränderungen her. Dass ein solcher Prozess funktionieren kann, hat die Stadt zuletzt mit der Feuerwehr bewiesen.

Im Notfall

NOTRUFNUMMERN
Polizei: 110
Feuerwehr, Notarzt: 112
Krankentransport: 0781/19222
Frauennotrufzentrale: 0781/923 7980

APOTHEKEN
Schloss-Apotheke Lahr, Schloßplatz 16, Telefon 07821/1543

ÄRZTE
Bundesweiter ärztlicher Bereitschaftsdienst: 116 117
Fahrdienst (ärztliche Hausbesuche): 116 117
Medizinisches Versorgungszentrum Ettenheim: 8 bis 18 Uhr, Telefon 07822/78 89 30

KRANKENHÄUSER
Lahr: 07821/93-0
Herzzentrum: 07821/9 25-0

Redaktion

Stadredaktion Lahr
Telefon: 07821/2783-142
Telefax: 07821/2783-150
E-Mail: stadt@lahrer-zeitung.de
Abo-Service: 07821/2783-136